

Johannes Keil

Und der Zukunft zugewandt?

Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin
1945–1989

AVA
Akademische Verlagsanstalt

Institut für Hochschulforschung an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HoF)



Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse	9
1. Problemstellung und Untersuchungsdesign	15
2. Weiterbildung in der DDR	39
2.1. Bildung und Gesellschaft	39
2.1.1. Grundlagen und Ziele	39
2.1.2. Struktur und Planung.....	45
2.1.3. Kaderplanung	51
2.2. Allgemeine Erwachsenenbildung	54
2.2.1. Entwicklung, Aufgaben und Ziele	54
2.2.2. Organisation und Struktur.....	66
2.2.3. Weiterbildungseinrichtungen neben den Hochschulen.....	71
2.3. Hochschulische Weiterbildung.....	79
2.3.1. Reformen im Hochschulbereich	79
2.3.2. Die Dritte Hochschulreform	90
2.3.3. Weiterbildungsformen	100
2.3.4. Zielgruppen.....	122
3. Weiterbildung an der Humboldt-Universität	131
3.1. Ostberliner Hochschulraum.....	131
3.1.1. Statistik.....	131
3.1.2. Postgraduales Studium und Fernstudium.....	133
3.2. Hochschulpädagogik	142
3.2.1. Hochschuldidaktik in der BRD.....	142
3.2.2. Entwicklung in der DDR	145
3.2.3. Entwicklung an der Humboldt-Universität.....	149
3.2.4. Facultas docendi	160
3.2.5. Resümee	169
3.3. Rehabilitationspädagogik	171
3.3.1. Neubeginn nach 1945	171
3.3.2. Postgraduales Studium	174
3.3.3. Fernstudium.....	180
3.3.4. Resümee	185

3.4.	Veterinärmedizin	186
3.4.1.	Postgraduales Studium	194
3.4.2.	Beispiel der Lebensmittelhygiene.....	196
3.4.3.	Weiterbildung von Fachtierärzten	202
3.4.4.	Resümee	204
3.5.	Militärfinanzen	206
3.5.1.	Nationale Volksarmee und Warschauer Pakt.....	209
3.5.2.	Boizenburger Kommandeurstagung	218
3.5.3.	Externat für Finanzoffiziere.....	221
3.5.4.	Kombiniertes Studium	222
3.5.5.	Direktstudium Militärfinanzökonomie	224
3.5.6.	Resümee	231
3.6.	Wirtschaftsprüfer.....	233
3.6.1.	Planwirtschaft und Finanzkontrolle	233
3.6.2.	Finanzrevision in der DDR.....	240
3.6.3.	Postgraduales Studium	244
3.6.4.	Resümee	249
3.7.	Wissenschaftstheorie und -organisation	252
3.7.1.	Internationale Entwicklung.....	252
3.7.2.	Allgemeines postgraduales Studium.....	255
3.7.3.	Spezielles postgraduales Studium.....	262
3.7.4.	Resümee	270
3.8.	Marxismus-Leninismus	273
3.8.1.	Entwicklung an der Humboldt-Universität.....	278
3.8.2.	Grundlagenstudium	285
3.8.3.	Veranstaltungen für Doktoranden.....	292
3.8.4.	Veranstaltungen für Hochschullehrer	302
3.8.5.	Veranstaltungen für ausländische Studierende	308
3.8.6.	Rahmenprogramm	310
3.8.7.	Resümee	312
4.	Schlussbetrachtung	315
	Verzeichnis der Übersichten	325
	Literaturverzeichnis.....	327
	Autor	358

Zentrale Ergebnisse

Weiterbildung wird heutzutage immer noch eher als ein Fremdkörper an Hochschulen wahrgenommen, gilt aber auch als unverzichtbar in einer Welt, in der sich komplexe Wissensbestände in immer kürzeren Zeiträumen aktualisieren. In der DDR war zeitweise über die Hälfte der Studierenden in Veranstaltungsformen der Weiterbildung immatrikuliert.

Fragt man nach den staatlichen Motiven hierfür, so entsteht erst ab der Dritten Hochschulreform Ende der sechziger Jahre – die auch als Antwort auf eine angenommene Beschleunigung der Wissensproduktion gedacht war – ein relativ einheitliches Bild. Wie in anderen Segmenten des DDR-Bildungswesens wurde versucht, bildungspolitische Antworten auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten zu finden. Mittels zunehmender Effizienz sollte die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Dabei hatte die Erwachsenenbildung den spezifischen Beitrag zu leisten, die Arbeitskräfte mit einer hinreichenden Leistungsbereitschaft, Leistungsvermögen und Innovationskraft auszustatten.

Allerdings stellte sich mit der Zeit heraus, dass es sich hierbei keineswegs um eine kontinuierliche, planbare Aufgabe handelte, weshalb die Erwachsenenbildung auch nicht ins *einheitliche sozialistische Bildungssystem* integriert wurde. Vielmehr blieb ein flexibles ‚Weiterbildungssystem‘ bestehen und wurde weiterentwickelt, das Bildungserfordernisse durch Ad-hoc-Maßnahmen bedienen sollte. Dieser situativpragmatische Umgang mit dieser Bildungsform, der Lehrenden und Teilnehmern erhebliche Freiheiten eröffnete, wurde auch ermöglicht, weil Weiterbildung keine ideologischen Hemmnisse entgegenstanden, da dieses Bildungssegment in der klassischen marxistisch-leninistischen Theorie weitestgehend unberücksichtigt geblieben war.

Am Beispiel der Humboldt-Universität wurde der These nachgegangen, ob der Hochschulbereich in der DDR mit seinen Weiterbildungsangeboten zwar Forderungen zu bedienen hatte, die von staatlichen Stellen formuliert wurden, sich jedoch aus dem Fehlen einer ideologischen Begründung und den strukturellen und praktischen Notwendigkeiten für die Weiterbildungsmaßnahmen an Hochschulen erhebliche Spielräume für deren Gestaltung ergaben. Die These ging davon aus, dass die DDR-Hochschulbildung – und damit auch die akademische Weiterbildung – zum einen vorrangig politisch determiniert gewesen sei, entsprechend institutionelle und individuelle Freiheitsgrade gering blieben, sie zum anderen stark funktionalisiert gewesen sei, indem sie primär an wirtschaftliche und politische Bedarfe gekoppelt

wurde. Dazu wurden mit einem besonderen Augenmerk auf die Zeit seit der Dritten Hochschulreform 1968ff. Ursachen, Funktionen, Strukturbildung, Strukturstabilisierung und Inhalte von Weiterbildungsangeboten in insgesamt sieben Fächern analysiert. Die Ergebnisse der sieben Fallstudien werden im folgenden skizziert:

- Die wenige Jahre nach dem Kriegsende aufgelegte postgraduale Ausbildung für Sonderschullehrer beruhte auf der Initiative des erklärten Antifaschisten Reinhold Dahmann. Zur Durchführung dieses Weiterbildungsangangs setzte er sich für die Gründung des Instituts für Rehabilitationspädagogik, dessen erster Direktor er auch wurde, ein. Das Erbe, das der Nationalsozialismus der Disziplin hinterlassen hatte, sollte auch durch die Institutsgründung überwunden werden. Die Hauptaufgabe des 1950 gegründeten Instituts bestand in der postgradualen Ausbildung von Sonderschullehrern, bis im Zuge einer geänderten Lehrerausbildung auch ein vierjähriges Fernstudium für Sonderpädagogik eingeführt wurde. Die Institutsleitung verstand es dabei, die Einflussnahme hinsichtlich der Erhöhung von ideologischen Anteilen an der Ausbildung größtenteils abzuwehren, aber sich trotzdem als unverzichtbarer Teil der Ausbildung von Sonderschulpädagogen zu etablieren.
- Die Wirtschaftswissenschaften arbeiteten als erste Fakultät ein umfassendes Weiterbildungsprogramm aus. Durch dieses neu entwickelte, breite Studienangebot im Weiterbildungsbereich wurde vornehmlich versucht, eine mögliche Schließung der Fakultät abzuwenden, denn die Wirtschaftswissenschaften waren in Berlin seit der Gründung der Hochschule für Ökonomie zersplittert und überspezialisiert. Unübersehbar hatte der politische Antrieb zur Gründung der Hochschule für Ökonomie auch darin bestanden, die Lehrkräfte und Absolventen enger an die Staats- und Parteiführung zu binden, als dies mit einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einer Universität möglich schien. Daher schuf die Fakultät der Humboldt-Universität laufend spezialisierte Weiterbildungsangebote, strukturierte sie um oder stellte sie ein. Als Beispiele lassen sich Weiterbildungsstudien für Wirtschaftsprüfer, Mathematik in der Ökonomie, Ökonomie in der Elektroindustrie oder Ökonomie für Wirtschaftsjuristen nennen, alle 1964 eingeführt, aber auch das postgraduale Studium Territorialökonomie von 1966. Nicht nur durch die gezielte Weiterbildung von Staatsfunktionären und betrieblichem Leitungspersonal wollte sich die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unverzichtbar machen; staatliche Stellen wurden teilweise auch schon in die Konzeption von Weiterbildungsstudienformen einbezogen.
- Die Erfahrungen dieser Weiterbildungsangebote nutzten die Wirtschaftswissenschaften dann zur Einführung einer besonders innovativen Weiter-

bildungsform für Finanzoffiziere der Nationalen Volksarmee. Zunächst durch ein Externatsstudium, in dem leitende Finanzoffiziere das Diplom erwarben, konnte die Nationalen Volksarmee zu einem Partner gemacht werden. Es folgte ein Fernstudium in Militärfinanzen für Finanzoffiziere mit Fachschulausbildung. Schließlich führte man ab 1969 ein vierjähriges Direktstudium für zukünftige Finanzoffiziere ein. Insgesamt konnte das zunächst mangelhafte Qualifikationsniveau in der Finanzrevision der Nationalen Volksarmee durch diese Bildungsangebote erheblich gesteigert werden. In der Bundesrepublik wurde – deutlich später – ein ähnlicher Weg zur Professionalisierung der militärischen Finanzaktivitäten beschritten, indem betriebswirtschaftliche Studiengänge an den eigens für die Ausbildung künftiger Offiziere gegründeten Universitäten der Bundeswehr geschaffen wurden.

- Die Gründung der Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation und die Einführung des postgradualen Studiums für Personal in der Organisation von Forschung und Entwicklung stand dann schon gänzlich im Zeichen eines Bildungsoptimismus, der sich durch Bildungsexpansion und -planung verwirklichen sollte. Bisherige Beschränkungen postgradualer Studienangebote auf einzelne Wissenschaftsdisziplinen wurden hierbei überwunden, indem verschiedene Sektionen zusammen ein Weiterbildungsprogramm gestalteten. In die Programmgestaltung wurden die Großbetriebe Berlins, welche Beschäftigte zum Studium delegierten, teilweise einbezogen. Zuvor war ein wesentlicher Teil der Weiterbildung der technischen Intelligenz von den wissenschaftlichen Gesellschaften, z.B. für Physik, Chemie oder der Kammer der Technik, betrieben worden – meist isoliert und nur auf der Grundlage von Forschungsergebnissen der jeweiligen Bereiche.
- Ab der Dritten Hochschulreform wurde die hochschulinterne Weiterbildungsart der Hochschulpädagogik zur Effektivitätssteigerung der hochschulischen Lehrveranstaltungen mit einem breiten Angebot eingeführt. Der Bereich Hochschulpädagogik an der Humboldt-Universität etablierte ab den siebziger Jahren vier Veranstaltungsformen. Von diesen sind die hochschulpädagogischen Kurse oder Lehrgänge und die Lehrproben hervorzuheben. Durch die Einführung eines neuen Graduierungssystems an den Hochschulen der DDR wurde auch die Lehrbefähigung (Facultas docendi) an eine eigenständige Qualifizierungsmaßnahme gebunden, die im Rahmen der beiden Veranstaltungsformen durchgeführt wurde. Von Anbeginn an tendierte das hochschulpädagogische Lehrangebot an der Humboldt-Universität jedoch dazu, sich von Elementen der marxistisch-leninistischen Ideologie vereinnahmen zu lassen.

- Eine andere (und ältere) ‚Querschnittsweiterbildung‘, die sich mit verschiedenen Veranstaltungsformen an alle Hochschulangehörigen richtete, war das seit Anfang der SOer Jahre aufgebaute Lehrgebiet des Marxismus-Leninismus. Von der Vermittlung der Lehrinhalte versprach man sich eine Immunisierung der Universitätsangehörigen gegenüber bürgerlichen Gesellschaftsideen. Zunächst wurde schrittweise das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium für alle Direktstudenten obligatorisch eingeführt. Es folgte eine spezielle marxistisch-leninistische Weiterbildung für Doktoranden in allen Disziplinen, deren Ergebnis ein Drittel der Note des Doktorexamens ausmachte. Auch für die Professoren und Dozenten wurde eine Pflichtweiterbildung in Marxismus-Leninismus etabliert, der sich nur wenige Lehrkräfte entziehen konnten. Und nicht zuletzt wurde in fast allen postgradualen Weiterbildungsformen an der Universität eine spezielle marxistisch-leninistische Weiterbildung durchgesetzt.
- Einer unstetigeren Variante staatlicher Einflussnahme unterlag die Berliner Veterinärmedizin mit ihren Weiterbildungsangeboten. Auf Drängen der Tierärzteschaft war 1953 die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin (WGV) gegründet und nach dem Vorbild humanmedizinischer Standesvertretungen mit der Umsetzung der ersten Weiterbildungsveranstaltungen betraut worden. Teilweise wurde dabei auf Lehrpersonal der Universitäten zurückgegriffen. Eine Motivation von Seiten der Tierärzteschaft für die Gründung der WGV hatte auch darin bestanden, den staatlichen Einfluss auf die tierärztliche Weiterbildung zu beschränken. Jedoch führten die Proteste an der Veterinärmedizinischen Fakultät 1956 – u.a. gegen den obligatorischen Russischunterricht und gegen die Pflichtvorlesungen in Marxismus-Leninismus – nicht nur dazu, dass in der Folge repressive staatliche Maßnahmen gegen die veterinärmedizinische Fakultät durchgeführt wurden und das Personal durch loyaleres ersetzt wurde. Vielmehr stellte sich bei den staatlichen Stellen ein ständiger Argwohn gegenüber der Tierärzteschaft und ihrer Standesvertretung ein. Nicht nur um für die postgraduale Weiterbildung zum Fachtierarzt eine in der DDR einheitliche Form zu schaffen und sie mit einer gesetzlichen Grundlage zu versehen, sondern auch um direktere staatliche Zugriffsmöglichkeiten als auf die WGV zu etablieren, wurde die postgraduale Weiterbildung zum Fachtierarzt 1970 von der WGV unter anderem an die Humboldt-Universität verlagert.

Führt man diese Einzelergebnisse zusammen, kommt die Arbeit zu folgenden fächerübergreifenden Erkenntnissen:

- die Ursachen der Weiterbildungsangebote in der Nachkriegszeit vornehmlich die Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus waren,

dabei darauf geachtet wurde, dass den politischen Leitlinien nichts zuwider lief, sich zugleich aber in den ideologisch weniger sensiblen Fächern erhebliche Spielräume eröffneten (z.B. von der Rehabilitationswissenschaft genutzt), dann ab der Dritten Hochschulreform mit der akademischen Weiterbildung versucht wurde, bildungspolitische Antworten auf Notwendigkeiten der Volkswirtschaft zu finden, wobei die Erwachsenenbildung den spezifischen Beitrag leisten sollte, die Arbeitskräfte mit hinreichender Leistungsbereitschaft und -vermögen sowie Innovationskraft auszustatten;

- die Funktionen der Weiterbildungsstudien über die Zeit hin weitgehend stabil blieben, indem sie sich auf Rezeption der Teilnehmer/innen konzentrierten, es in diesem Zusammenhang zu keiner systematischen Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und Praxispartnern kam (allenfalls im Zuge der Abschlussarbeit);
- die Strukturbildung dadurch gekennzeichnet war, dass der Ausbau hochschulischer Weiterbildung an der Humboldt-Universität nahezu ohne zusätzliche Mittel bewerkstelligt wurde bzw. werden musste, was wiederum konterkarierte, dass die Dritten Hochschulreform die Weiterbildung für „gleichberechtigt“ mit der bisherigen Lehre und der Forschung erklärt hatte; gleichwohl wurde seither von staatlicher Seite deutlich mehr Unterstützung für die Einführung von Weiterbildungsangeboten geleistet;
- die Strukturstabilisierung dadurch gelang, dass sich entweder das jeweilige Bildungsangebot bewährte, indem ein Mangel behoben wurde, oder dass mit dem Bildungsangebot politischen Vorgaben entsprochen wurde – ggf. wurden auch beide Anforderungen bedient –, und dass die Weiterbildungsangebote vor allem durch die Orientierung an Inhalt und Struktur der Direktstudien in der Regel nach einer Anfangsphase auch eine staatliche Anerkennung erlangten;
- inhaltlich neben der erwähnten Orientierung an den Direktstudien die Anteile der Marxismus-Leninismus-Ausbildung erheblich schwankten, obwohl es diesbezüglich relativ starre Vorgaben vom Institut/von der Sektion für Marxismus gab; ursächlich für die differenzierte Praxis war, dass zwar in den Beschreibungen der ML-Weiterbildungsveranstaltungen formell den Anforderungen Genüge getan wurde, jedoch die konkrete Durchführung von Seiten der Sektion Marxismus-Leninismus nur sporadisch überwacht wurde.

Insgesamt kommt die Arbeit zu dem Resultat, dass die staatlichen Einflussmöglichkeiten auf die konkrete Ausgestaltung der entstehenden Weiterbildungsangebote auch durch die Dritten. Hochschulreform nicht ausgebaut werden konnten. So hatten die verschiedenen Fächer in gewissem Maße

faktische Freiräume, inwiefern sie ideologischen Vorgaben nachkamen und staatliche Einflussnahme zuließen: Der Eigensinn der Wissenschaft paarte sich mit zu hohen Kontrollkosten. In fast jedem Fall blieben die zu vermittelnden Inhalte der jeweiligen Fachdisziplin unverbunden mit den Inhalten des Marxismus-Leninismus, weshalb dessen Anteil von den Weiterbildungsteilnehmern wie ein Fremdkörper wahrgenommen werden musste. Der Anspruch der Einheit von Bildung und Erziehung, über die sich eine geschlossene sozialistische Weltanschauung herausbilden sollte, blieb in der hochschulischen Weiterbildung strukturell unverwirklicht.

So kann am Beispiel der Humboldt-Universität gezeigt werden, dass vor der Dritten Hochschulreform durch Weiterbildungsangebote an DDR-Hochschulen institutionelle Akzente gesetzt und auch institutionelle Strategien verfolgt werden konnten. Diese Gestaltungsfreiheit blieb der hochschulischen Weiterbildung auch nach der Dritten Hochschulreform weitestgehend erhalten, da nunmehr die hochschulische Weiterbildung als ‚natürliches‘ Instrument gesehen wurde, um neue Forschungsergebnisse effizienter in die Praxis zu tragen. Es wurde also angenommen, dass die Weiterbildung an Hochschulen fast automatisch dem alles überwölbenden Effizienz-Paradigma zuträglich sei, jedoch blieben die staatlichen Einflussmöglichkeiten auf die konkrete Ausgestaltung der entstehenden Weiterbildungsangebote weiterhin begrenzt – gleichwohl, wie am Beispiel der Veterinärmedizin gezeigt wird, der institutionelle Einfluss von staatlicher Seite auf die Hochschule im Einzelfall auch zunehmen konnte.